



Einreicher	Datum	Drucksache Nr.
Fachbereich I - Zentrale Dienste, Bürgeramt & Kita	25.12.2021	8/2022

Beratungsfolge	Sitzung	Abstimmungsergebnis		
		Ja	Nein	Enthaltg.
Ortsbeirat Elstal	24.01.2022			
Ortsbeirat Hoppenrade	24.01.2022	2		
Ortsbeirat Buchow-Karpzow	25.01.2022	3		
Ortsbeirat Wustermark	26.01.2022			
Ortsbeirat Priort	26.01.2022			
Ausschuss für Bildung und Soziales	31.01.2022	5		
Gemeindevertretung	15.02.2022			

Betreff

2. Änderung der Hauptsatzung der Gemeinde Wustermark
Änderung § 13 Seniorenbeirat und neu eingefügt § 13 a Beirat für die Teilhabe von Menschen mit
Behinderung - Behindertenbeirat -
hier: Beratung und Beschlussfassung

Beschlussvorschlag

Die Gemeindevertretung beschließt nachstehende Satzungsänderung:

2. Änderung der Hauptsatzung der Gemeinde Wustermark

Aufgrund der §§ 4 und 28 Abs. 2 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg - BbgKVerf - vom 18. Dezember 2007 (GVBl. I S. 286), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23. Juni 2021 (GVBl.I/21, [Nr. 21]) hat die Gemeindevertretung der Gemeinde Wustermark folgende 2. Änderung der Hauptsatzung in ihrer Sitzung am 15.02.2022 beschlossen:

Artikel I

1. § 13 wird wie folgt gefasst:

„§ 13 Seniorenbeirat (§ 19 BbgKVerf)

- 1) Die Gemeinde Wustermark richtet zur besonderen Vertretung der Gruppe der Senioren und zur Wahrnehmung ihrer Interessen in der Gemeinde Wustermark einen Beirat ein. Der Beirat führt die Bezeichnung „Seniorenbeirat der Gemeinde Wustermark“.
- 2) Dem Beirat ist Gelegenheit zu geben, zu Maßnahmen und Beschlüssen, die Auswirkungen auf die Senioren in der Gemeinde Wustermark haben, gegenüber der Gemeindevertretung und ihren Ausschüssen Stellung zu nehmen und Vorschläge zu unterbreiten. Dem Beirat soll eine schriftliche Stellungnahme ermöglicht werden. In der Gemeindevertretung und in ihren Ausschüssen ist der vorsitzenden Person bzw. einem von ihr beauftragten Mitglied ein Rederecht einzuräumen. Die Anhörung findet nicht statt, wenn der Beirat rechtlich oder tatsächlich an der Wahrnehmung seiner Aufgaben gehindert ist.
- 3) Dem Beirat gehören drei bis zehn Mitglieder an. Mitglied des Beirats können Personen mit Hauptwohnsitz in der Gemeinde Wustermark sein, die das 55. Lebensjahr vollendet haben. **Alle Geschlechter sollen angemessen** vertreten sein.

Die Mitglieder des Beirats sind ehrenamtlich tätig.

- 4) Die Mitglieder des Beirats werden von der Gemeindevertretung für die Dauer von 4 Jahren benannt. Die Vorschläge sind an den Bürgermeister zu richten.
Bis zur Benennung eines neuen Beirats üben die bisherigen Mitglieder ihre Tätigkeit weiter aus.
- 5) Der Beirat wählt aus seiner Mitte eine/n Vorsitzende/n und für den Fall der Verhinderung zwei stellvertretende Vorsitzende. Der/Die Vorsitzende vertritt den Beirat gegenüber den Organen der Gemeinde Wustermark.
- 6) Der Beirat wird durch den/die Vorsitzende/n einberufen. Der Bürgermeister kann die Einberufung des Beirates verlangen. Einer ortsüblichen Bekanntmachung von Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzungen bedarf es nicht. Der Bürgermeister, von diesem beauftragte Personen und die Mitglieder der Gemeindevertretung haben im Beirat ein aktives Teilnahmerecht. Über die Ergebnisse der Sitzungen ist eine Niederschrift zu fertigen, die von dem/der Vorsitzenden des Beirats zu unterzeichnen ist. Der Beirat gibt sich zur Regelung der inneren Ordnung eine Geschäftsordnung. Diese ist als Informationsvorlage der Gemeindevertretung vorzulegen.
Er wird in seiner Tätigkeit vom Bürgermeister und der Gemeindeverwaltung unterstützt.
- 7) Durch Beschluss kann die Gemeindevertretung die Mitgliedschaft im Beirat aus wichtigem Grund entziehen. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere dann vor, wenn ein Mitglied nicht nur vorübergehend keine Tätigkeiten mehr für den Beirat entfaltet.
Die Mitglieder des Beirats können vor Ablauf der Wahlperiode der Gemeindevertretung durch schriftliche Anzeige gegenüber dem Bürgermeister aus dem Beirat ausscheiden.“

Nach § 13 wird folgender § 13 a eingefügt:

**„§ 13 a
Beirat für die Teilhabe von Menschen mit Behinderung - Inklusionsbeirat -
(§ 19 BbgKVerf)**

- 1) Die Gemeinde Wustermark richtet zur besonderen Vertretung von Menschen mit anerkannten Behinderung und zur Wahrnehmung ihrer Interessen einen Beirat ein. Der Beirat führt die Bezeichnung „Beirat für die Teilhabe von Menschen mit Behinderung der Gemeinde Wustermark - **Inklusionsbeirat** -“.
- 2) Dem Beirat ist Gelegenheit zu geben, zu Maßnahmen und Beschlüssen, die Auswirkungen auf die Menschen mit Behinderung in der Gemeinde Wustermark haben, gegenüber der Gemeindevertretung und ihren Ausschüssen Stellung zu nehmen und Vorschläge zu unterbreiten. Dem Beirat soll eine schriftliche Stellungnahme ermöglicht werden. In der Gemeindevertretung und in ihren Ausschüssen ist der vorsitzenden Person bzw. einem von ihr beauftragten Mitglied ein Rederecht einzuräumen. Die Anhörung findet nicht statt, wenn der Beirat rechtlich oder tatsächlich an der Wahrnehmung seiner Aufgaben gehindert ist.
- 3) Dem Beirat gehören drei bis zehn Mitglieder an. Der Beirat soll sich mehrheitlich aus Menschen mit anerkannter Behinderung und Eltern/Elternteilen bzw. anderen Personensorgeberechtigten von Kindern mit anerkannter Behinderung und Hauptwohnsitz in der Gemeinde Wustermark zusammensetzen. **Alle Geschlechter sollen angemessen** vertreten sein. Die Mitglieder des Beirats sind ehrenamtlich tätig.
- 4) Die Mitglieder des Beirats werden von der Gemeindevertretung für die Dauer von 4 Jahren benannt. Die Vorschläge sind an den Bürgermeister zu richten.
Bis zur Benennung eines neuen Beirats üben die bisherigen Mitglieder ihre Tätigkeit weiter aus.
- 5) Der Beirat wählt aus seiner Mitte eine/n Vorsitzende/n und für den Fall der Verhinderung zwei stellvertretende Vorsitzende. Der/Die Vorsitzende vertritt den Beirat gegenüber den Organen der Gemeinde Wustermark.
- 6) Der Beirat wird durch den/die Vorsitzende/n einberufen. Der Bürgermeister kann die Einberufung des Beirats verlangen. Einer ortsüblichen Bekanntmachung von Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzungen bedarf es nicht. Der Bürgermeister, von diesem beauftragte Personen und die Mitglieder der Gemeindevertretung haben im Beirat ein aktives Teilnahmerecht. Über die Ergebnisse der Sitzungen ist eine Niederschrift zu fertigen, die von dem/der Vorsitzenden des Beirats zu unterzeichnen ist. Der Beirat gibt sich zur Regelung der inneren Ordnung eine Geschäftsordnung. Diese ist als Informationsvorlage der Gemeindevertretung vorzulegen.

Er wird in seiner Tätigkeit vom Bürgermeister und der Gemeindeverwaltung unterstützt.

- 7) Durch Beschluss kann die Gemeindevertretung die Mitgliedschaft im Beirat aus wichtigem Grund entziehen. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere dann vor, wenn ein Mitglied nicht nur vorübergehend keine Tätigkeiten mehr für den Beirat entfaltet.
Die Mitglieder des Beirats können vor Ablauf der Wahlperiode der Gemeindevertretung durch schriftliche Anzeige gegenüber dem Bürgermeister aus dem Beirat ausscheiden.“

Artikel II

Inkrafttreten

Die 2. Änderung der Hauptsatzung tritt am Tag nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Wustermark, 15.02.2022

H. Schreiber
Bürgermeister

Drucksache: 8/2022

Beschlussbegründung:

In ihrer Sitzung am 21.08.2019, auf Antrag der SPD-Fraktion, fasst die Gemeindevertretung folgenden Beschluss (A-030/2019)

„Die Gemeinde Wustermark prüft die Einrichtung eines Beirates zur Verwirklichung der Teilhabe, Gleichstellung und Selbstbestimmung von Menschen mit unterschiedlichen Kulturen (Ethnien), Alter, Geschlecht, sexueller Orientierung, Behinderung und Religion (Weltanschauung).

Der Beirat soll die Bezeichnung „Beirat für Inklusion und Diversität“ führen.“

Zugleich wird die Gemeindeverwaltung beauftragt – im Falle eines positiven Prüfergebnisses - unter Beteiligung der zuständigen Ausschüsse und ggf. weiterer Beteiligter eine Beschlussdrucksache zur Einrichtung eines solchen Beirates vorzulegen.

Die Ausgestaltung des Beirates soll in Abhängigkeit der tatsächlichen Bedürfnisse und Notwendigkeiten in der Gemeinde festgelegt werden.“

Die rechtliche Prüfung ist erfolgt und der Gemeindevertretung zugeleitet worden.

In der letzten Sitzung des BSA am 21.11.2021 wurde sich darauf verständigt, dass die Verwaltung einen Beschlussantrag zur Einrichtung eines Beirats für die Teilhabe von Menschen mit Behinderung in den ersten Sitzungslauf des Jahres 2022 einbringt.

Für beiliegenden Beschlussantrag muss die Hauptsatzung geändert werden.

Mit Mail vom 20.12.2021 wurde der Entwurf der Änderung der Hauptsatzung und eine Datei mit entsprechenden Erläuterungen zum vorgeschlagenen Satzungstext an die Mitglieder des Bildungs- und Sozialausschusses und den Fraktionsvorsitzenden der Gemeindevertretung übersandt.

Für die Bildung von Beiräten findet § 19 BbgKVerf Anwendung. Daher wurden mit der Änderung der Hauptsatzung zur Installation eines Beirats für die Teilhabe von Menschen mit Behinderung auch die in der Hauptsatzung verankerten Regelungen für den Seniorenbeirat (§ 13) überprüft und ein entsprechender Anpassungsbedarf festgestellt.

Neben notwendiger rechtlicher Anpassungen sind in § 13 auch redaktionelle Anpassungen vorgenommen worden.

Dabei sind die Regelungen für beide Beiräte weitestgehend konsistent und es wird somit gewährleistet, dass für Beiräte nach § 19 BbgKVerf zukünftig weitestgehend die gleichen rechtskonformen Regelungen gelten.

Mit Mail vom 27.12.2021 wurde der Entwurf der Änderung des § 13 der Hauptsatzung und eine Datei (Synopsis) mit entsprechenden Erläuterungen zu den vorgeschlagenen Änderungen an die Mitglieder des Bildungs- und Sozialausschusses und den Fraktionsvorsitzenden der Gemeindevertretung und den Mitgliedern des Seniorenbeirats übersandt.

Bereits im Vorfeld, mit Bezug auf die Implementierung des Behindertenbeirats und der damit verbundenen Änderung der Hauptsatzung, wurde die Kommunalaufsicht des Landkreises Havelland gebeten zu prüfen, inwieweit hinsichtlich des geplanten Satzungstextes rechtliche Bedenken bestehe, die ggf. zu einer Beanstandung der Regelung durch die Kommunalaufsicht führen könnten.

Mit E-Mail vom 05.01.2022 führte die Kommunalaufsicht aus:

„... zu der beabsichtigten Neuregelung der Einrichtung eines Beirates für die Teilhabe von Menschen mit Behinderung - Behindertenbeirat - (hier: zukünftiger § 13a der Hauptsatzung der Gemeinde Wustermark) bestehen insbesondere hinsichtlich des Pflichtinhaltes keine rechtlichen Bedenken.

Sofern in der Hauptsatzung nicht die konkrete Zahl der Mitglieder des Beirates festgelegt werden soll - was § 19 Abs. 2 Satz 1 BbgKVerf zumindest nahelegt -, sondern an der Regelung einer Mindest- und Höchstzahl von Mitgliedern festgehalten werden soll, wird die Aufnahme einer ergänzenden Regelung empfohlen, wovon letztlich die genaue Zahl der Mitglieder abhängt bzw. wie diese festgelegt wird und dass diese konkrete Mitgliederzahl durch die Gemeindevertretung bestimmt wird.“

Aus Sicht der Verwaltung sollte in der Hauptsatzung - entgegen der Empfehlung der Kommunalaufsicht - keine ergänzende Regelung zur Bestimmung der genauen Zahl der Mitglieder des Beirats aufgenommen werden.

Mit der gewählten Regelung (drei bis zehn Mitglieder) ist man flexibel und die Arbeitsfähigkeit des Beirats sicherlich auch längerfristig gewährleistet,

Damit führt das Ausscheiden eines Mitgliedes innerhalb einer Wahlperiode nicht automatisch zu einer Handlungsunfähigkeit und ggf. zur Neuwahl des Beirats, soweit die Anzahl von 3 Mitgliedern nicht unterschritten wird. Zugleich hat man bei einer größeren Anzahl von Bewerbern und Bewerberinnen die Möglichkeit, den Beirat auf „breitere Füße“ zu stellen, soweit die Höchstzahl von 10 Mitgliedern nicht überschritten wird.

Im Übrigen fällt es schwer, Kriterien zu formulieren, wovon die genaue Zahl der Mitglieder abhängig sein soll.

Der Vergleich mit den Regelungen anderer Kommunen zeigt ein uneinheitliches Bild. Kommunen wie z.B. die Städte Brandenburg, Bernau und Falkensee haben in ihren Hauptsatzungen vergleichbare Regelungen verankert. Ergänzende oder klarstellende Regelungen sind hier nicht vorhanden. Dagegen sind beispielsweise bei der Stadt Ludwigsfelde, dem Landkreis Havelland oder dem Landkreis Oder-Spree eine konkrete Anzahl von Mitgliedern für die Besetzung der Beiräte verankert.

Finanzielle Auswirkungen

☐ Ja

☒ Nein

Auswirkung auf Klima-, Natur- und Umweltschutz? keine

Bestehen alternative Handlungsoptionen?

.....
gez. Herr Hofmann
Fachbereichsleiter